

Forderungspapier an die Osnabrücker Ratspolitik der 20. Kommunalwahlperiode

Präambel

Die Klimakrise im Zuge des menschengemachten Klimawandels ist eine Katastrophe, die bereits für viele Menschen auf der Welt Realität ist.

Osnabrück muss seiner historischen und globalen Verantwortung gerecht werden und alle Mittel daran setzen schnellstmöglich die Klimaneutralität durch die Vermeidung weiterer Treibhausgase zu erreichen. Osnabrück muss seinen gerechten Beitrag leisten, dass die Weltgemeinschaft das im Abkommen von Paris international vereinbarte 1,5-Grad Ziel noch erreichen kann, und somit die kurz-, mittel- und langfristigen Folgen der Klimakrise einzudämmen. Es muss jetzt gehandelt werden!

An den insgesamt deutschen Treibhausgasemissionen beträgt, beim Vergleich der Daten aus dem Jahr 2018, der Anteil Osnabrücks ca. 0,2%.¹

Die vor Kurzem erfolgte Kommunalwahl hat den Willen der Bevölkerung gezeigt und hat der grünen Partei im Stadtrat klar den Auftrag gegeben jetzt signifikante Maßnahmen zur sozial-ökologischen Transformation hier in Osnabrück durchzuführen. Das veränderte Ratsbild indiziert den Umbruch in der Politik und signalisiert wie noch nie zuvor die Dringlichkeit konkreter Handlungen zur baldmöglichsten Klimaneutralität.

Dafür ist es notwendig, dass alle Fraktionen sowie unsere frisch ins Amt berufene Oberbürgermeisterin Katharina Pötter für diese Menschheitsaufgabe an einem Strang ziehen. Gemeinsam können wir dafür sorgen, dass Osnabrücks Zukunft in die richtige Richtung geht.

Forderungen

Im Nachfolgenden stehen einige Forderungen aufgeführt die für das Hinwirken zur Klimaneutralität der Friedensstadt, dem *Klimafrieden* zuträglich wären. Wir fordern:

1. Die positive Entscheidung des Stadtrats Osnabrück zum EinwohnerInnenantrag von Osnabrück klimaneutral zur Erstellung und Umsetzung eines Maßnahmenplans für die Klimaneutralität der Stadt bis 2030.

¹ Quelle: Umweltbundesamt, Nationale Treibhausgas-Inventare 1990 bis 2019 (Stand 12/2020) sowie Vorjahresschätzung (VJS) für das Jahr 2020 (PI 07/2021 vom 15.03.2021); Klimaschutzbericht der Stadt Osnabrück 2020, S. 4, Abb. 1.

2. Das Aufstellen eines CO₂-Emissions-Restbudgets, das Osnabrück noch aufbrauchen kann, um das Pariser Klimaziel von 1,5 Grad noch einzuhalten und das als Instrument dienen soll zur Ausrichtung der Ratspolitik. Darüber hinaus Restbudgets weiterer Treibhausgase.

3. Den Erhalt und Ausbau der grünen Finger, sowie die weitere Begrünung des Stadtbildes. Die historische Erinnerung des Schlossgartens wahren – auch hier und in der Innenstadt mehr Vegetation und Großbäume.

4. Photovoltaik auf alle Dächer mit Potential, wie auch generell in Deutschland ist das immense regenerative Energiepotenzial hier in Osnabrück nicht annähernd ausgeschöpft.

5. Wirklich "grüner" Strom (besonders mit Blick auf die Elektrifizierung des Busverkehrs)

Der Ausbau lokaler regenerativer Energieanlagen, unter BürgerInnenbeteiligung, für die regionale Stromnutzung, hin zur Energieautarkie der Kommune. Somit kein Zukauf mehr von Kohle- oder Atomstrom aus In- und Ausland.

6. Eine Gebäudeenergiewertungsinitiative (dämmen, nachverdichten, ökologisch heizen), denn WIR HEIZEN NICHT FÜR DRAUSSEN!!!

Ein Drittel der CO₂-Emissionen der Stadt kommen aus dem Gebäude-Sektor aufgrund ineffizienter Dämmung und Heizung. Durch eine Gebäudeenergiewertungsinitiative lassen sich auch die Mieten senken, da langfristig sich die Betriebskosten verringern und die Immobilie im Wert steigt. Es kann bezahlbarer, sozialer Wohnraum durch hohe ökologische Standards geschaffen werden. Nur neue ökologische Bauvorhaben und eine vermögensgerechte Beteiligung von Investoren, Immobilienbesitzern und Wohnungsgesellschaften an den Gebäudesanierungen und das breite Ermöglichen für den Zugriff auf Fördertöpfe für diese.

7. Weitaus mehr Personal für die Stadtverwaltung für Klimaschutz, damit genug Kapazitäten zur Bewältigung der Transformation vorhanden sind und Bündelung dieser beispielsweise in einer regionalen Klimaschutzagentur. Außerdem weitaus mehr Personal für Klimaschutz aller Gesellschaften mit kommunaler Beteiligung (Stadtwerke, Klinikum, OPG, ...).

8. Weitaus mehr Geld in Klimaschutz investieren und mehr Gelder von landes-, bundes- und EU-weiten Fördertöpfen beziehen.

9. Kein Pyrolyse-Werk.

10. Weitaus mehr EnergieberaterInnen ausbilden und einstellen, die zu Photovoltaik, und Gebäudeenergiesanierung beraten, Anlagen zertifizieren, sowie den Zugang zu Fördermitteln erleichtern.

11. Keine Lebensmittel verschwenden

Nicht verkaufte Lebensmittel sollen nicht weggeschmissen, sondern an die Tafeln, sozialen Einrichtungen und Foodsharing-Strukturen Osnabrücks gegeben werden.

Die Tafeln der Stadt sollen geöffnet werden, nicht nur für Leute mit dem Osnabrücker Bürgerpass und Studierendenausweisen, sondern besonders auch für Menschen mit geringem Einkommen ohne diese Dokumente und Obdachlose, die die Angebote der Tafel wirklich am meisten bräuchten! Zudem: *Housing first!*

12. Verantwortung wahrnehmen, durch alle Handlungsmöglichkeiten, die Osnabrück politisch in der Kommune, dem Landkreis, regional, auf den Städtetagen, in Niedersachsen, der EU und im Bund hat, schnellstmöglich Klimaneutralität durch friedliche Kooperation einer sozial-ökologischen Transformation. Zudem: sicherer Hafen sein für Geflüchtete, die aufgrund der Klimakrise und der ihr angeschlossenen Konflikte Asyl suchen.

13. Den Ausbau Osnabrücks infrastrukturell zu einer Fahrradstadt und Verbesserung des Öffentlichen Personen Nahverkehrs und der Verkehrsströme, ermöglichen der BürgerInnen günstig diese Angebote wahrzunehmen, den ÖPNV „öffnen“ und Preisbarrieren abbauen, sowie bessere Bedingungen und Mitbestimmung für die Arbeitenden bei der Stadt und den Stadtwerken, besonders für die BusfahrerInnen.

14. Eine Sozialverträgliche Abwicklung der Schließung des Flughafen Münster-Osnabrück (FMO).

15. Die konsequente Bekämpfung des Leerstands in Osnabrück, für gemeinnützige Vorhaben, sozialen Wohnraum und Kultur- und Bildungsorte, notfalls mittels einer Änderung des Kommunalgesetzes durch eine Enteignungsklausel.

16. Weitaus mehr HandwerkerInnen ausbilden und einstellen, die für die Prozesse der regionalen Nachhaltigkeitstransformation erforderlich sind (energetische Sanierung, Solarteure, Gutachter,...).

17. Mehr Mitbestimmung für den Masterplanbeirat 100% Klimaschutz, sowie Bürgerbeteiligung insgesamt, auch hinsichtlich der regionalen Nachhaltigkeitstransformation und besonders bei der Erstellung und Umsetzung des Maßnahmenplans des EinwohnerInnenantrags von Osnabrück klimaneutral 2030.

18. Das Hinwirken das Ermöglichen regionaler LandwirtInnen der Umstellung von konventioneller auf ökologische Landwirtschaft.

19. Das Erreichen der 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen. (Sustainable Development Goals / SDGs / Transformation unserer Welt: Die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung)

Das Amt der OberbürgermeisterIn schreibt traditionell das Grußwort des jährlich erscheinenden Osnabrücker Klimaschutzberichtes. Das nächste Grußwort wird Frau Pötter schreiben. Um glaubwürdig für sich selbst und die BürgerInnen zu sein, müssen die Emissionen sinken und Frau Pötter und die Ratsfraktionen, ihre historische und globale Verantwortung wahrnehmen und entsprechend generationen- und klimagerecht handeln.

Spectemur Agendo! #Aufbruchsklima

